

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Kernnummer: Amt Morosian, Nr. 15190-15197

Dienstag, den 21. September 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Kernnummer: Amt Morosian, Nr. 11753-54.

Bezugspreis:

Bestellbar, 30. — 31. monatlich 10. — 32. bis zum Ende des Monats abh. Bestellen monatlich 10. — 31. erst nach dem 1. d. Monats. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 16. 00. — für das übrige Ausland neu jährlich einmal, Aufschlag 31. 50. — Bestellungen nehmen an: Dellerreich, Magatz, Hildebrandt, Dammert, Hofmann, Aronow, Schmedde und die Schweiz. — Eintragungen in die Verzeichnisse der Adressen der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll u. Voll“ ersehen monatlich in einem Sonntags- und Monatsheft.

Telekommunikation
Sozialdemokratisches Berlin

Einzelgenpreis:

Die achtgeleitete Konkrete-Beilage (Nr. 1) — 2. Teuerungszuschlag 50%. „Kleine Vorwärts“ des erstedruckten Hefes, jedes weitere Hefes 60 Hg. Stellengeld und Schlafstellenzuschlag des Hefes 60 Hg., jedes weitere Hefes 40 Hg. Hefes über 15 Buchstaben zählen für zwei Hefes. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anlagen für Abonnenten Seite 2. — 3. politische und wirtschaftliche Berichts-Anlagen 3. — 4. die Hefes ohne Aufschlag. Anlagen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 1, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Meistens von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Millerands Programm.

Paris, 20. September. Millerand machte der Agentur Havas folgende Erklärung:

Ich habe in meiner Rede vom 7. November 1919 die Politik des sozialen Fortschritts, der Ordnung, der Arbeit und Einigkeit umschrieben, die sich nach außen hin kennzeichnet durch die uneingeschränkte Durchführung des Versailler Vertrages und die Verteidigung seiner Grundlagen in Übereinstimmung mit unseren Verbindlichkeiten, nach innen durch die Aufrechterhaltung der Staatsgesetze, die Wiederherstellung aller wirtschaftlichen Kräfte, die Dezentralisation und im gegebenen Zeitpunkt die auf Grund der Erfahrungen notwendig werdende Verbesserung unserer Staatsgesetze. Seit sechs Monaten habe ich, unterstützt vom Vertrauen des Parlaments, diese Politik methodisch und nachhaltig durchgeführt. Ich glaube, und ich habe die Gründe dafür angeführt, daß ich dieser Politik nirgends besser dienen kann, als in der Eigenschaft als Ministerpräsident. Wenn aber die Mehrheit der beiden Kammern meine Anwesenheit im Elisee als nützlich für die Einhaltung und Fortsetzung dieser nationalen Politik erachtet, wenn diese Mehrheit gleich wie ich glaube, daß der Präsident der Republik, wenn er auch nie der Vertreter einer Partei, so doch der Vertreter einer Politik sein kann und muß, die in enger Zusammenarbeit mit seinen Ministern festgesetzt und durchgeführt wurde, so werde ich mich dem Rufe der Volksvertretung nicht entziehen.

Millerands Nachfolger: Briand oder Poincaré?

Paris, 21. September. (WZ.) Die Wahl Millerands zum Präsidenten der Republik wird allgemein als sicher angesehen, und man beschäftigt sich bereits mit der Frage, wer der zukünftige Ministerpräsident werden wird. An erster Stelle wird Briand genannt. Nach einer Radiomeldung werde Millerand die Ministerpräsidentenschaft Poincaré anbieten, während Briand Minister des Aeußeren werden solle.

Paris, 20. September. Millerand hat heute nachmittag dem Präsidenten der Republik in Rambouillet einen Besuch abstattet. Nach seiner Rückkehr hat er den Text der Abdankungsbotschaft des Präsidenten dem Präsidenten des Senats und der Kammer zustellen lassen.

Wir haben schon bei früheren Gelegenheiten, z. B. nach den Verhandlungen von Spa, zum Ausdruck gebracht, daß Millerand unseres Erachtens das kleinere Übel für Deutschland und für den Weltfrieden sei, im Vergleich zu einer Gruppe von Politikern wie Poincaré, Lardieu, Loucheur, die den von Clemenceau eingeschlagenen Kurs in aller Schärfe und auf die Gefahr hin, in immer schwierigeren Konflikte mit den übrigen Ententemächten zu geraten, fortgeführt sehen möchte. Und so, wie wir seinerzeit den Sieg Deschanel über Clemenceau, wenn auch ohne jede übertriebene Hoffnung, so doch mit einer gewissen Schadenfreude aufgenommen haben, so glauben wir auch heute, daß das Problem der Nachfolgerschaft Deschanel in einem für uns und den Weltfrieden gefährlicheren Sinne hätte gelöst werden können, wenn ein anderer als Millerand zum höchsten Staatsamt Frankreichs gelangt wäre. So wurde schon seit Monaten in den reaktionärsten Kreisen für eine militärische Kandidatur Stimmung gemacht, und es wurden besonders der Marschall Foch und der General de Castelnau von den Nationalisten und Royalisten vorangetrieben. Daß die gegenwärtige Präsidentenkrise gelöst wurde, ohne daß diese Namen überhaupt ernstlich in Erwägung gezogen wurden, ist ein verhältnismäßig beruhigendes Zeichen.

Inwieweit der ursprüngliche Widerstand Millerands gegen die Annahme des Präsidentenpostens aufrichtig gewesen ist, vermag man nicht zu beurteilen. Millerand war stets ein sehr aktiver Politiker, während die Präsidentenwürde bisher fast ausschließlich ein Nebenamt erster Klasse für die politische Laufbahn eines Staatsmannes geblieben hat. Vielleicht hätte er also tatsächlich lieber weiter als Ministerpräsident amtiert, und es hat womöglich wirklich einen starken Druck seiner Freunde bedurft, um ihn von seiner anfänglichen Weigerung abzubringen.

Die Erklärung Millerands enthält die übliche Reverenz vor dem Versailler Friedensvertrag, und damit werden auch jene Scharmacher, die noch vor kurzem Millerand der Schwäche gegenüber den Deutschen in Spa ziehen, einwillen betrieblid sein. Wir haben Grund zur Annahme, daß Millerand in seinem Herzen schon längst zu der Ueberzeugung gelangt ist, daß das Werk von Versailles nicht „uneingeschränkt durchzuführen“ ist. Aber die Kräfte, die er tief als er den „nationalen Blod“ vor den Kammerwahlen grüßte und zum Stech verhall, wird er nicht mehr los; und so sieht er sich gezwungen, auch jetzt und trotz aller Erfahrungen und Belehrungen von San Remo, Ghybe, Brüssel,

Spa und Aix-les-Bains, dieselben Worte im Munde zu führen, wie einst im November 1919.

Daß Millerand am Donnerstag gewählt wird, steht nach seiner Kandidaturannahme fest. Offener und bei weitem noch wichtiger ist die Frage seiner Nachfolgerschaft als Ministerpräsident und Minister des Aeußeren. Aber diese Frage in der deutschen Presse zu erörtern, wird erst zweckmäßig sein, wenn das Dilemma Poincaré oder Briand drüben gelöst sein wird: denn wir könnten höchstens durch eine freimütige Charakteristik der Person und der Vergangenheit Poincarés zu seiner Ernennung indirekt beitragen. ...

Das Unrecht vollzogen!

Amtliche Bestätigung der „Volksabstimmung“ in Eupen-Malmédy.

Paris, 21. September. (Havas.) Der Völkerbundsrat hielt gestern seine öffentliche Schlußsitzung ab. Der Rat wies die deutschen Proteste wegen der Volksabstimmung in Eupen und Malmédy zurück und erkannte den Uebergang dieser Bezirke an Belgien endgültig an. Der Rat verurteilte die Genehmigung des Budgets des Völkerbundes für 1921 auf die Oktober Sitzung und genehmigte den Ankauf einer Liegenschaft in Genf als Sitz des Völkerbundes.

Le Rond abberufen?

Der nach Paris zur Berichterstattung berufene General Le Rond, der bisherige Vorsitzende der Interalliierten Kommission für Oberschlesien, wird wahrscheinlich nicht auf seinen Posten zurückkehren. Pariser Blätter melden, Le Rond habe die Absicht, die strittige Angelegenheit der Botschafterkonferenz zur Entscheidung vorzulegen. Außerdem werde wahrscheinlich eine genaue Untersuchung über die Vorgänge, die zu den französisch-englischen Zwistigkeiten Veranlassung gaben, eingeleitet werden. Das „Deuore“ betrachtet diesen Ausgang der Angelegenheit als einen Erfolg der deutschen Regierung in der ober-schlesischen Frage. Inzwischen wird General Le Rond durch den italienischen General De Martino vertreten.

Joffe über deutsch-russische Beziehungen.

Keine Sühne für Mirbach.

Der Ost-Expresdienst meldet aus Riga unter dem 21. September:

Der Vorsitzende der russischen Friedensdelegation in Riga, Joffe, erklärte einem Vertreter der „Rigaschen Rundschau“ gegenüber, zwischen Deutschland und Rußland sei ein provisorischer Friedensvertrag notwendig. In dessen Sinne könne für den Mord an Mirbach keine Sühne geboten werden. Die Beziehungen zwischen der Ukraine und Sowjetrußland können in Form einer „Entente cordiale“ geregelt werden, hierzu ist jedoch eine Abstimmung auf dem gesamten ukrainischen Territorium erforderlich, die aber erst möglich sei, wenn die Ukraine von den fremden Okkupationsstruppen geräumt sei; doch müsse diese Abstimmung mit Ausschluß der Bourgeoisie stattfinden. Die Selbstbestimmung der Ukraine sei bereits vollzogene Tatsache.

Ueber die Frage der Weltrevolution erklärte Joffe, daß es für ihre Ausbreitung günstiger gewesen wäre, wenn sie nicht von Rußland ihren Ausgang genommen hätte. Der Termin für den Beginn der Rigaer Verhandlungen — Dienstag, den 21. d. M., nachmittags — ist unverändert geblieben.

Weißer Terror oder nicht?

Genf, 21. September. (WZ.) Nach Mitteilung des Internationalen Arbeitsamtes ist seine auf Verlangen der ungarischen Regierung nach Ungarn entsandte Abordnung zurückgekehrt. Sie berichtet, daß sie volle Bewegungsfreiheit gehabt habe und überall ungehindert habe Erkundigungen einziehen können, daß also die gegenteiligen Berichte nicht auf Tatsachen beruhten. Ueber die Frage der den Gewerkschaften zugestandenen Freiheiten ist ein besonderer Bericht fertiggestellt worden, der dem Verwaltungsausschuß des Internationalen Arbeitsamtes vorgelegt werden soll. Bei den amtlichen Besprechungen hat die ungarische Regierung den Wunsch ausgedrückt, Ungarn dem Internationalen Arbeitsamte anzuschließen.

Anarchisten-Razzia in Chicago.

London, 21. September. Nach einer „Times“-meldung aus Washington wurden in Chicago und anderen Orten bei Anarchisten Hausdurchsuchungen abgehalten, wobei die Polizei zahlreiche Droßbriefe beschlagnahmte.

Praktische Gewerkschaftsarbeit.

Von Th. Rohrer, M. d. R.

Der am Sonnabend in später Abendstunde beendete außerordentliche Verbandstag des Deutschen Eisenbahnerverbandes verdient in mehr als einer Hinsicht allgemeine Beachtung. Innerhalb des Verbandes ringen seit der vor 15 Monaten in Genä stattgefundenen Generalversammlung zwei Strömungen um die Führung und spiegeln dadurch die zerrissene politische Arbeiterbewegung wider. Im Hintergrund waren außerdem geschäftliche kommunistische Drahtzieher an der Arbeit, um die aus der wirtschaftlichen Not der Eisenbahner entstandenen Bewegungen ihren politischen Zwecken nutzbar zu machen. Kaum war die erste Generalversammlung der jungen im Jahre 1916 gegründeten Organisation vorüber, da setzte eine von der Opposition mit großer Fähigkeit geführte Propaganda zur Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages ein mit dem ausschließlichen Ziele, den Vorstand zu beseitigen.

Zu den Kämpfen innerhalb der Organisation gefellte sich der Kampf mit den gegnerischen Eisenbahnerverbänden auf der einen und mit der Eisenbahnverwaltung und Regierung auf der anderen Seite. Den Anlaß dazu gaben die langwierigen Verhandlungen über den preußischen Lohntarif mit der damit im Zusammenhang stehenden Schließung der Werkstätten, der Mahregelung der Funktionäre und der Wiedereinführung der Akkordarbeit, ferner die Verschleppung der Betriebs- und Beamtenrätemahlen sowie der seitens der Regierung zögernd und mangelhaft durchgeführten Besoldungsreform. Aber alle Kämpfe und Schwierigkeiten hielten das Wachstum des Verbandes nicht auf, so daß er nach Verdimlung mit dem Deutschen Verkehrspersonalverband zur größten Eisenbahnerorganisation der Welt wurde und heute rund 550 000 Mitglieder zählt. Kein Zweifel, daß es für bestimmte politische Parteien ein nicht zu unterschätzender Machtzuwachs ist, wenn es ihnen gelingt, die im D. E. V. organisierten Eisenbahner für sich zu gewinnen.

Der Vorstand, der sich ursprünglich gegenüber dem Drängen der Opposition ablehnend verhielt, sah sich infolge der veränderten Verhältnisse aus Zweckmäßigkeitsgründen veranlaßt, schließlich doch eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen. Diese fand in der Woche vom 12. bis 18. September in Dresden statt und brachte die von der Opposition gewollte Auseinandersetzung mit dem Vorstand. Die Einleitung begann mit der Annahme von Anträgen der Opposition auf Erweiterung der Verordnungsgegenstände und der der Stellung von Korreferenten. Bezeichnend ist nun, daß die „Dresdener Unabhängige Volkszeitung“ vom 13. September ihrem ersten Bericht über den Verbandstag in großen Lettern die Ueberschrift voraussetzte: „Oppositionelle Mehrheit auf der Eisenbahnertagung“. Aber schon der nächste Tag brachte ihr eine große Enttäuschung, denn der 6 Stunden in Anspruch nehmende, vom Vorsitzenden Scheffel erstattete Geschäftsbericht fand überraschenderweise stürmischen nicht endemollenden Beifall der gesamten Generalversammlung. Der Grund dafür ist wohl in der überlegenen Sachlichkeit zu suchen, mit der der Vorstandsvorsteher über eine stürmisch bewegte aber an Erfolgen reiche Tätigkeit berichtete. Demgegenüber hatten die Korreferenten einen schwächeren Stand, und mandual schienen es so, als handele es sich bei den Korreferaten um Ergänzungen zum Vorstandsbbericht. Diesen Eindruck dürfte auch die Opposition gehabt haben, denn sie verzichtete darauf, den von ihr zum Pressebericht gestellten Korreferenten sprechen zu lassen.

Nachdem sich in den ersten Verhandlungstagen nach leidenschaftlichen Auseinandersetzungen die Kräfte der beiden Richtungen gemessen hatten, trat immer mehr und mehr der entschlossene Wille in den Vordergrund, unter Zurückdrängung aller politischen Einflüsse streng gewerkschaftliche Arbeiten zu verrichten. Sehr deutlich zeigte sich das bei der Bestätigung des wegen andauernder Störung der gewerkschaftlichen Arbeit vom Vorstande ausgeschlossenen Kommunisten Gesellschafter. Mit großer Mehrheit machte sich die Generalversammlung den Vorstandsbefehl, dem sich seinerzeit die Revisions- und Besoldungskommission angeschlossen hatte, zu eigen. Die beiden letzten Verhandlungstage fanden völlig im Zeichen positiver aufbauender Gewerkschaftsarbeit. In erster Linie ist hier zu nennen, gemeinsam mit dem Deutschen Transportarbeiterverband unter dem Namen „Deutscher Verkehrsband“ eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden mit dem Ziele, das gesamte Personal der privaten und staatlichen Verkehrsbetriebe einschließlich der Post zu organisieren. Der Bund, der seine Tätigkeit in kürzester Zeit aufnehmen soll, wird rund 1 1/2 Millionen Mitglieder zählen, zu denen durch in Aussicht stehende Verschmelzungen weitere Hunderttausende kommen werden. Mit der Schöpfung des „Deutschen Verkehrsbandes“ auf freigewerkschaftlicher Grundlage hat sich das Verkehrspersonal einen Machtfaktor geschaffen, der bei den künftigen Kämpfen um bessere Einkommens- und Dienstverhältnisse eine ausschlaggebende Bedeutung erlangen dürfte.

Erfreulich wie der vorstehende Beschluß war auch das Ergebnis der Vorstandswahlen. Beide Richtungen hatten sich auf einen gemeinsamen Wahlvorschlag geeinigt, der mit Ausnahme des Vorsitzenden Brunner die Namen sämtlicher bisherigen besoldeten Vorstandsmitglieder enthielt. Unter diesen Umständen konnten die sich wieder zur Wahl stellenden wie auch die neu hinzukommenden Vorstandsmitglieder die abgegebenen Stimmen fast restlos auf sich vereinigen. Der aus dem Vorstand ausgeschiedene Vorsitzende Brunner, der in jahrzehntelanger Pionierarbeit für die Eisenbahnerorganisation gewirkt hat, stellt nunmehr im Einverständnis mit den ausländischen Organisationen seine Kraft dem „Verkehrsbund“ zur Verfügung.

Bur aufbauenden Arbeit zählt weiter der Beschluß, besondere Sektionen für Arbeiter, Beamte und Jugendliche im Verbande zu bilden. Hierzu sind besondere Richtlinien beschlossen worden, die den den neuen und den veränderten Verhältnissen angepaßten Satzungen beigelegt werden. Schließlich sei noch hingewiesen auf eine Reihe wichtiger Anträge, die sich an die Regierung und Eisenbahnverwaltung wenden und die endgültige Befreiung des Besoldungsgesetzes nach großzügigen Gesichtspunkten fordern. Im Zusammenhang damit steht das entlassene Eintreten für die Beamten- und Arbeiterpensionäre, sowie ihrer Witwen und Waisen.

Ein Rückblick auf die Verhandlungen zeigt, daß eine Tagung beendet wurde, die bei den Eisenbahnern das Bewußtsein auslösen wird: Dresden ist der Ausgangspunkt neuer Erfolge geworden.

Der Reichsverkehrsminister gibt an die Direktionen der Reichseisenbahnen einen Erlaß heraus, in dem gegen die Eingriffe von Eisenbahnbeamten und Arbeitern, Gewerkschaften und Betriebsräten in die Beförderung der Herbstkartoffeln Einspruch erhoben wird. Er gibt dem Vertrauen Ausdruck, daß die Eisenbahngestellten sich seinen Ausführungen nicht verschließen werden, da andernfalls eine Versorgung der Bevölkerung mit den notwendigsten Lebensmitteln unterbunden werde.

Die rauhe Wirklichkeit.

In der „Freiheit“ nimmt Eugen Prager nochmals Stellung zu der „kommunistischen Diktatur“. Aus der Namensänderung der R. P. D., die bekanntlich von jetzt ab sich als „kommunistische Partei Deutschlands (Sektion der Dritten Internationale)“ bezeichnet, zieht er den richtigen Schluß, daß derjenige Teil der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, der die Moskauer Bedingungen akzeptiert, einfach in der kommunistischen Partei aufzugehen hat.

Die Namensänderung schafft aber auch für die unabhängige Sozialdemokratie klare Verhältnisse. Diejenigen unserer Parteigenossen, die bisher angenommen haben sollten, daß die Zustimmung zu den Aufnahmebedingungen der dritten Internationale nur platonische Bedeutung habe, werden durch die „rote Fahne“ in die rauhe Wirklichkeit zurückgerufen. Sie dürfen nicht glauben, daß sie die unabhängige Sozialdemokratie erst spalten dürfen und daß die ihnen verbleibenden Trümmer unserer Partei dann als selbständige Organisation mit der kommunistischen Partei auf gleich und gleich in Einigungs- oder Verschmelzungsverhandlungen sich einlassen können. Der Vorgang kann sich dann nur so abspielen, daß alle Parteigenossen, ganz gleich, ob sie als Einzelpersonen oder in ganzen Mitgliedschaften sich den Moskauer Bedingungen unterwerfen, der kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der dritten kommunistischen Internationale) beizutreten haben.

Der Verfasser kommt zu dem durchaus richtigen Ergebnis, daß die Kommunisten ihr Werk, die Vertrimmerung der Unabhängigen Sozialdemokratie, schon für vollbracht ansehen und sich als Sieger fühlen. Zu der Namensänderung haben die Mitglieder nichts zu sagen.“

Das heißt denn „Diktatur des Proletariats“, indem das Proletariat bei der Beschlußfassung der wichtigsten Ange-

legenheiten einfach ausgeschaltet wird. Die Schleier sind gefallen, unsere Parteigenossen wissen nunmehr, was sie zu tun haben. Wer die Bedingungen von Moskau anerkennt, der hat alle Brücken hinter sich abgebrochen. Für ihn gibt es keine Verbindung mehr mit den Parteigenossen, mit denen er bisher Schulter an Schulter gekämpft hat; er hat sich der kommunistischen Partei einzuordnen für ihn läßt jedes Selbstbestimmungsrecht auf, er darf fortan nur das ausführen, was von den kommunistischen Instruktionen angeordnet wird.

Sehr richtig, das ist eben jene „Disziplin“, die die Moskauer fordern, weil sie längst erkannt haben, daß sie nur durch starrestes militarisches System sind — oder nicht sind. Viele aber von den Parteigenossen Eugen Pragers werden den Unabhängigen ebenso leichtfertig den Rücken kehren, wie sie die alte Sozialdemokratie im Stich gelassen haben. Die Vertrimmerung rückt sich an den Vertrimmerern; die rauhe Wirklichkeit bricht an.

Zu der bereits mitgeteilten Resolution des Landesvorstandes der U. S. P. D. Badens, die den direkten Anschluß an die dritte Internationale auf Grund der Moskauer Bedingungen verlangt, schreibt das Mannheimer Organ der Unabhängigen, die „Tribüne“, es sei als Größenwahn zu betrachten, wenn ein Landesvorstand sich anmaßt, einen solchen Beschluß zu fassen, ohne die Mitglieder gehört zu haben. Außerdem seien in der betreffenden Sitzung von den 10 Landesvorstandsmitgliedern nur fünf anwesend gewesen, von denen drei für und zwei gegen die Annahme der Bedingungen gestimmt hätten.

Die Monarchisten in Bayern.

In Ergänzung unseres Artikels in der Morgenausgabe des „Vorwärts“ geht uns aus München folgender eigener Drahtbericht zu:

Die Bayerische Volkspartei hat auf ihrem Bamberger Landesparteitag sich für einen Föderalismus ausgesprochen, der das Reich hinter Bismarcksche Verfassungszustände zurückwirft. Das Reich soll für die Kultur- und Steuerpolitik gleichsam nur Rahmengesetze erlassen, die die Staaten nach eigenem Ermessen ausführen können. Weiter sollen die Staaten das Recht erlangen, mit fremden Mächten Verträge zu schließen und bei ihnen Vertretungen zu unterhalten, die nur nicht gegen die Reichsverfassung verstoßen dürfen. Die Reichsverfassung soll aber auch den Staaten das Recht gewähren, sich monarchisch einzurichten.

Gleichzeitig mit der Bayerischen Volkspartei hat die Demokratische Partei ihre Landeskonferenz abgehalten, die gemäßigtere föderalistische Beschlüsse faßte, sich aber zur Reichseinheit bekannte. Da die Demokratische Partei in der Regierung vertreten ist, ergibt sich eine Unstimmigkeit. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ wenden sich gegen die Bamberger Beschlüsse. Das Blatt sucht aber bereits eine Brücke zu bauen. Wenn die Bayerische Volkspartei erklärt, das Programm habe nur für eine fernere Zukunft Geltung, nicht unmittelbar für die Gegenwart, dann würde ein Ausweg für das Zusammenarbeiten von Bayerischer Volkspartei und Demokraten möglich sein.

Der Vorstoß der Bayerischen Volkspartei gegen das Reich ist auch in dem Sinne gefährlich, weil der Ministerpräsident v. Sahr als Landesvorstandsmitglied der Bayerischen Volkspartei der Tagung beizwohnte und dort das Wort nahm. Zweifellos sind die Bamberger Beschlüsse eine Auflehnung gegen das Reich und von ernsterer Natur als die Pläne der verschiedenen Kandidaten, denen es nicht rasch genug ging. Die Bayerische Volkspartei arbeitet methodisch für die Wiederaufrichtung einer Monarchie.

Vertragstreue und Pommerischer Landbund.

Im Regierungsbezirk Köslin kam im Juli dieses Jahres mit großer Wärme und erst, nachdem in einzelnen Kreisen getreift worden war, zwischen den Landarbeitern und den Grundbesitzern

ein Tarifvertrag zustande. Nun pflegt man im gewöhnlichen Leben zu denken, Verträge werden abgeschlossen, um von beiden Seiten gehalten zu werden. Beim Pommerischen Landbund täuscht er selbst mitgewirkt zu haben; er macht's hinten herum. Wie uns von vertrauenswürdigster Seite aus Köslin mitgeteilt wird, entledigt sich der Landbund nicht, diejenigen seiner Mitglieder, die sich an die Abmachungen des Vertrages halten und ihre Arbeiter nach den tarifmäßigen Lohnsätzen bezahlen, mit Geldstrafen zu belegen. Teilweise sollen diese Strafen sogar die Höhe eines fünfstelligen Biffet erreicht haben.

Wenn irgendwo Arbeiter in äußerster Not und Verzweiflung zu ihrer letzten Waffe, zum Streik greifen, schreit die ganze agrarische Presse sofort über Vertragsbruch. Bei den Deuren vom Pommerischen Landbund verpflichten feierlichst abgeschlossene Verträge nur die Arbeitnehmer — die Arbeitgeber dürfen, selbst wenn sie es wollen, Verträge nicht halten! Agrarische Treue!

Postminister und Reichsverfassung.

Man schreibt uns: Ein Telegraphenbeamter, der nach den vorliegenden Unterlagen zweifellos in nicht ganz einwandfreier Weise vor längerem Jahren pensioniert worden ist, hatte an die Nationalversammlung eine Petition gerichtet — Petition Tegeb. Nr. II 7716 —, in der er unter Hinweis auf Artikel 129 der Reichsverfassung bat, ihm die Einsicht in die Personalakten zu gestatten, damit er die Möglichkeit habe, gegen das ihm nach seiner Ansicht zugefügte Unrecht vorzugehen.

Die Nationalversammlung hat in ihrer Plenarsitzung diese Petition der Reichsregierung zur Berücksichtigung überwiesen, sich hierbei auf den Standpunkt stellend, daß Artikel 129 der Reichsverfassung für alle Personen gelte, die Beamteneigenschaft besessen hätten.

Das Reichspostministerium, an das sich nunmehr der betreffende ehemalige Beamte gewandt hat, hat jedoch ohne weiteres abgelehnt, dem Willen der Volksvertretung zu entsprechen. Es stellte sich auf den formal-juristisch zu begründenden Standpunkt, daß der Gesuchsteller infolge seiner Pensionierung nicht mehr Beamteneigenschaft besitze.

Gegen eine solche Auslegung der Reichsverfassung seitens des Reichspostministeriums muß auf das schärfste protestiert werden. Damit werden wiederum der Willkür Tür und Tor geöffnet. Vor allen Dingen muß aber darauf geachtet werden, daß in einem demokratischen Staate ein Minister nicht das Recht hat, mit einer leichten Handbewegung Beschlüsse der Volksvertretung beiseite zu schieben. Vielleicht äußert sich das Reichspostministerium zu dieser Angelegenheit öffentlich.

Die Umbildung der Polizei.

Infolge vorübergehender Abwesenheit des Generals Kollet hat der Uebervachungsausschuß der Orienten sein Urteil über den Entwurf noch nicht abgegeben. Schwierigkeiten sollen jedoch, wie uns mitgeteilt wird, nicht mehr bestehen, und sämtliche beteiligten Beamtengruppen ihr Einverständnis erklärt haben.

Das preussische Wahlgesetz ist, wie wir erfahren, soweit fertig, daß es auf Wunsch der Landesversammlung alsbald vorgelegt werden kann.

Kußhand der Lübecker Hafenarbeiter. Die Hafenarbeiter haben wegen verweigert Lohnserhöhungen die Arbeit niedergelegt.

Die Bremer Eisenbahner drohen mit Selbsthilfe. Die Eisenbahnbetriebsräte Bremens haben sich in einer Versammlung mit der Lage der allgemeinen Kartoffelversorgung beschäftigt und eine Entschließung gefaßt, in der die Regierung zu sofortigen Maßnahmen zwecks Herbeiführung der Verbilligung von Winterkartoffeln aufgefordert wird, andernfalls wird Selbsthilfe angedroht. Ferner wird jede Beförderung von Kartoffeln an Brennerereien abgelehnt, solange die Bevölkerung nicht mit billigen Kartoffeln versorgt ist. Die Eisenbahnbetriebsräte halten einen Preis von 15 Mark für den Zentner für angemessen.

Auslands- und Heimatslänge.

Konzert-Umschau.

Dem Himmel sei Dank: wir kennen in der Kunst keine ethnographischen Grenzen, keine nationalen Pfähle. Der Hauch einer guten Musik, der Ruf eines Meisters, die Erschütterung durch eine Not reißt Vorurteile ein, als seien sie aus Pappmaché. Aber je härter das Gefühl ist für die Unbegrenztheit einer einzigen, absolut ewigen Welt, um so mehr ist aufzumachen, daß die gesunde Luftschwingungen der Töne nicht parfümiert werden. Das absolute und unweigerlich Gute der Auslandskunst sei und von Herzen willkommen; aber nur das Allerzweifelhafteste und Würdigste unserer eigenen Kunst und Musikausübung soll drüber für uns alle werden. Wir fühlen es täglich und stündlich, daß wir wirtschaftlich vom Ausland abhängen. Künstlich ist die eigene Not weniger groß. Aber wenn wir für den Import von Holzwaren und Rohstoff dankbar sind, wollen wir auf der anderen Seite nicht klagen, wenn wir einmal mit Bodenschätzen schlecht bedient werden. Unsere Musikwelt steht nun einmal hoch, sie ist unser Reichthum oder doch ein Stück unserer Weltgeltung. So müssen Güter gegen Geister, Materialien gegen Ideen und Kunstideale eingetauscht werden, wechselseitig.

Unsere Matadore zieht es nach dem Ausland; und das Ausland leiht sie uns für eine Stippvisite. So den ruhmumrauschten Witscha Geman. Zwischen Rückkehr aus Amerika und Rückkehr nach Amerika schaltet er ein Berliner Konzert ein, das ihm sogar Spesen, aber sicher schnell 15 000 M. Gewinn einbringt. Der musikalische Gewinn ist niedriger. Das bekränzt bei einem Virtuosen, der noch vor Jahresfrist mit den sechs glanzvollen Namen der europäischen Gesangswelt konkurrieren konnte. Aber sein Weg weist abwärts; für den Rang an Saiteninstrumenten in dem klassischen G-moll-Konzert von Beethoven und für die allzu hohe äußere Betonung eines inneren Anteils am Spielerlebnis ist die Probation des Saalats und die Sicherheit der linken Hand kein vollgültiger Ersatz. Der Ton ist weich und wunderbar klingend, aber er macht vor der Schwelche des Herzens Halt, und der Gesang seines schönen Instrumentes bittet um Mangel an geistiger Durchdringung vergeblich um Einlaß. Das Quartett-Konzert A-moll mit seiner Kontrabasspartie und Schallungswelle sollte uns ein Simon nicht ohne Orchester bieten; daß er aber ein Spieler großen Formats dennoch geliebt ist, konnte er an den schwierigen Schätzen dieses spezifischen Geistesalters aller Welt demonstrieren. Wie groß ist der Witz seines Könnens etwa von dem der Spanierin Piona Lago, die gerade im Nebenraum musiziert! Hier ist im Klavierpiel noch nicht die Zeit des Tastenschwindsels überkommen. Ein Strahl von der Sonne des byzantinischen Geistes wandelt sich gar auf das schwarze Haupt seiner folgenden Begleiterin; aber der Solistin, die sich an dramatischen Kapriolen abgibt, und Coar-

lanti-Sonaten noch vergeblich nach Ausdruck abtastet, sind die Flügel heute noch nicht gewachsen. Da fühlst man erst, wie trostlos die Sehnsucht nach einem selbst vorliegenden Geman nach wird. . . .

Eine dritte Etüde: Edward Weig, Amerikaner und Violoncellist, erbrachte bei dem Vortrag von Liszt's Variationen über ein Bach-Thema und gar von Chopins B-moll-Sonate noch keinen rechten Beweis dafür, daß er als Pianist für Heimats- und Bekker Ehre einlegen kann. Ein leidlich guter Techniker, im Kontrast stärker Noten nicht ohne Klang, wird seine kantilene Stumpf, sein Piano ausdruckslos, sein Ton schwebt nicht, singt nicht, ermahnt langsam. Nuancen des Trauermarsches hat er Violoncell abgelauscht, aber wie bewußt, wie lindlich deutlich drückt er sie durch! Und dazu die schlechte Pedal-Behandlung: dieser virtuos umrahmte Kopf sollte seine Werke von innen heraus gestalten. Und Finger-geläufigkeit ist höchstens der Beginn nicht; aber schon der Nachweis einer Künstlerbeherrschung. Jurid zu den Anfängen!

Auswärts geht es im Pianistenkonzert Kurt Schuberz. Seine Frontigkeiten und herben Bedrohungen weichen einer inneren Sammlung, die in der „Benediction“ von Liszt andächtig stimmt, eine weiche Vogenlinie zur Führung zwingt und geschmackvoll heigert, dämpft, hochklingt. Auch der Repetto-Walzer bleibt bei aller Beherrschung des Rhythmus klar, hart und lauter, wenn er auch des letzten virtuoson Wanges entbehrt. Den wird auch Dona Kor-nells Stimme niemals hergeben. Für Sopran ist hart und gerberlich, die Tiefe noch unangebildet. In einem künstlich überfüllten Saal der Singalademie wird das doppelt schlimm empfunden. In unmodernen und dennoch immer wieder schönen Liedern von Jensen aber zeigt die junge Dame, daß sie musikalisch gewandt und im Ausdruck lebendig ist; ein geland gefallender Wille klingt unverkennbar durch, und in der klaren Aussprache sollte nur der Vokalierung (u, a) noch mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Das alles sind noch nicht die Heimatslänge, die im Ausland wie Glocken klingen könnten. Ritsch hat auch wenn er „nur“ Beethoven spielt, eine weltumfassende Gebärde. Er sollte unser diplomatischer Gesandter allerorts sein. Derkoben ist auch der Paganini, der in das Charlottenburger kalte Opernhaus lockt. Mit allzu großen Strichen zieht er die Linien der Troika nach. Aber der Genius aller deutsch-sinfonischen Musik strahlt auch heute noch den so ganz anders gearteten Geist von Helldentum, Klage und Tragik eigen. Noch unbegrenzter in Zeit und Raum schwebt Paganini bekanntestes Es-dur-Konzert durch den Saal der Philharmonie, wo Edwin Fischer die Reize dieses klaren Sonnenwerks fast zu koprigid und eigenwillig heraushebt, ein feltamer Stürmer und Dränger. Was wunder, daß selbst Mehronik und die Philharmoniker nicht genug Elastiizität aufbringen, um jeder Nuance zu folgen! Vorher spielte er mit den Streichern, Cembalo und wenig Bläsern ganz reizende Tänze und Arien für Laute. Kleinodien des 18. Jahrhunderts, die der Italiener Respighi sehr geschmackvoll gefaßt, aber sicher nur für ein Kammerorchester gedacht hatte. Vielleicht beschert uns Paganini diese kleinen

Sachen noch einmal im kleinen Raum; er wird doppelt Freude schaffen und Freunde gewinnen. Dr. Kurt Singer.

Der Herbst. Paul Modrach Buch über Armenien bringt in deutscher Nachbildung folgendes seine Lied des armenischen Dichters Dwenik Demirtschian (1873):

Herbst hat schon sein Sterbelied
hat sein stilles Lied begonnen,
das durch alle Wälder zieht:
von den Brunnen, die verkommen,
von den Wäldern, die verblüht,
von den kurzen Sommermonnen,
die in einer Nacht verpuffen,
von den Sonnen,
die verblüht. . .
Herbst hat schon sein Sterbelied,
hat sein stilles Lied begonnen.

Der neunte November. So nennt Bernhard Kellermann einen fernen vollendeten neuen Roman, der im Laufe des Oktober im Verlag S. Fischer erscheint. Das Werk behandelt den deutschen Zusammenbruch.

Der Bürgerkrieg in Frankreich. Viele berühmte Schrift von Karl Marx über den Kussand der Pariser Kommune, ist jetzt wieder in einer Sonderausgabe im Verlag der Buchhandlung Vorwärts erschienen. Durch A. Conrad's eingehende kritische Einleitung, deren Wert wir schon in anderem Zusammenhang hervorgehoben, drifftliche Auswertungen Marx' aus der Zeit der Kommune-Kämpfe und inhaltreiche ergänzende Anmerkungen wird diese Ausgabe zum Range einer anerkanntwertigen Leistung erhoben. Der Preis ist 5 Mark.

Rudolf Guckens Lebenserinnerungen. In Weltanschauung erscheinen im Verlag von H. A. Müller in Leipzig die Lebenserinnerungen von Rudolf Guckens. Er hat sie in Anlehnung an frühere Aufzeichnungen im Sommer dieses Jahres niedergeschrieben und gibt ihnen den Untertitel „Ein Stück deutschen Lebens“.

Heinrich Vogeler-Wortwörterbuch. Am 4. Oktober auf der Tagung der „Antihellenen Schulreformer“ über Arbeitsschule und Mensurium. Karten zu 1 Mark durch Dr. Franz V. Müller, Berlin-Lankow, Charlottenstr. 82.

Die Akademie der Künste hat für die kommende Herbstausstellung, die Werke der Malerei und Plastik unter besonderer Berücksichtigung des Porträts zeigen wird, den Kammer- und Einbanderwerb bis zum 10. bzw. 20. Oktober verlängert. Ausschreibungspapiere im Bureau der Akademie, Pariser Platz 4.

Märchen in der Zimmerkammer. Den ersten so betitelt Vortragabend veranstaltet die Kammermusik Berlin in der Segelfest, Kurfürstendamm, am 26. Sept. 7', Uhr. Peter Harlan singt zur Laute, Heinz Hilpert (Violoncell) regliert.

Waltische Tänze bietet am 21. September, abends 7', Uhr im Lindwirth-Saal Hedwig Kottelsohn dar. Es handelt sich um plattische Bewegungstänze, die in erster Linie noch musikalischer, nicht von rein tänzerischen Standpunkte betrachtet sein sollen.

Die Erotik im modernen Tanz bespricht Gullian Kell am 27. September im Keller-Saal. Vortrag mit Vorführung der neuen Modetänze.

Huders Jura hat sein ganzes Vertrauen dem schwedischen Staatsverwandt sein Künstlerheim in Dalekarlien und in ein Jörn-Bauwerk verbannt.

Polnische Fortschritte.

Warschau, 21. September. Im Generalstabbericht vom 20. September heißt es: Unsere Abteilungen nähern sich, indem sie den Feind zurückdrängen, dem Fluß Hucza. In Wolkynien nähern unsere Truppen in Verfolgung des sich zurückziehenden Feindes Komno ein. In der Nähe von Kiewan ergab sich eines der Regimenter der Subjonnirten. Nördlich vom Pripiet: eroberten unsere Truppen Pruschny und die Eisenbahnstation Simowa, wobei sich das 82. Infanterieregiment auszeichnete. Es wurden 1000 Gefangene gemacht, 30 Maschinengewehre und eine große Menge Munition erbeutet. Auf der Linie Pruschny—Kowrow geht der Feind eine größere Tätigkeit, indem er an mehreren Stellen dieser Front angreift. Alle Angriffe wurden blutig abgewiesen. Die Litauer sammeln neue Kräfte an der Linie des Flusses Warbda. An der Front des Kiewen wurde die Ankunft neuer Sowjetdivisionen aus der sibirischen Keme festgestellt.

Der russische Bericht gibt den Rückzug zu.

Moskau, 21. September. (Durch Funkdruck.) Der russische Generalstabbericht vom 19. September besagt: Im Abschnitt Kobrin werden hartnäckige Kämpfe mit wechselnden Erfolgen fortgeführt. Im Abschnitt Komno finden blutige Kämpfe mit dem vordringenden Feind statt. Im Abschnitt Dubno kämpfen unsere Truppen tapfer mit dem Feinde, der im Nordwesten von Dubno vorrückt. (Der nächste Satz, der sich auf Tarnopol bezieht, ist verschlüsselt.) Im Kringsgebiet, im Abschnitt Cretschow, dauern die Gefechte mit der feindlichen Artillerie an.

Woher weicht Du? . . .

Moskau, 21. September. (Durch Funkdruck.) Nach hier eingetroffenen Meldungen sind in Ostgalizien Aufstände ausgebrochen. Die Aufständischen haben in den Karpaten starke Streitkräfte konzentriert und versuchen die Bahnlinie Komoschnja—Struj—Stanislawow zu besetzen. Die Aufständischen haben überall ukrainische Verwaltungen ein-
Moskau, 21. September. (Durch Funkdruck.) Der Kongress der Oskälzer hat einstimmig beschlossen, einen „Nat für Propaganda im Osten“ zu bilden.

Groß-Berlin

Die heutigen Demonstrationen.

Vor einigen Tagen schon hat die „rote Fahne“ ihre Anhänger für heute zu einer Demonstration im Lustgarten aufgerufen. Für folgende Forderungen soll dabei demonstriert werden: Sofortige Freilassung aller revolutionären Kämpfer und Niedererschlagung aller gegen sie anhängigen Verfahren. Einstellung des Verfahrens gegen die Weihenstephaner Genossen und Aufhebung aller Kriegsgerichte. Entwaffnung und Auflösung aller konterrevolutionären Formationen, freie Einreise für die gesamte russische Gewerkschaftsdelegation, sofortige Festnahme und Auslieferung aller konterrevolutionären Verschwörer gegen Rußland an die Sowjetregierung, Unterbindung jeder Herstellung und jeden Transports von Waffen und Kriegsmaterial und endlich Kontrolle über Erzeugung und Verteilung aller industriellen und landwirtschaftlichen Produkte durch Organe der Arbeiterschaft.

Wie haben unsere Anhänger schon vor einigen Tagen vor diesen Demonstrationen gewarnt, die, wie selbst die „rote Fahne“ zugibt, der Konterrevolution Gelegenheit geben können. „Die Klinte schießen und den Säbel hauen zu lassen“. Der Geschäftsführende Ausschuss der U. S. S. für den Bezirksverband macht sich in einem Aufruf in der heutigen „Freiheit“ zwar die Forderungen der „roten Fahne“ zum großen Teil zu eigen, warnt aber dennoch vor der Teilnahme an der Demonstration, da er nach vorliegendem Material auf das bestimmteste weiß, „daß gerade der heutige Tag von Lockspitzeln dazu ausdieselt, die Berliner arbeitende Bevölkerung zu sinnlosen Teufelstänzen aufzuführen, um der Reaktion den erwünschtesten Vorwand zu geben, ein Blutbad unter dem Proletariat anzurichten“. Dagegen wird vor jenen Elementen gewarnt, „die die begriffliche Verbitterung des Proletariats und ganz besonders der Arbeitlosen dazu benutzen wollen, der Konterrevolution Vorschub zu leisten“.

Auch die Zentrale der Betriebsräte warnt vor dieser Demonstration, da die Reaktion Vorbereitungen trifft, um diese Demonstration zum Vorwand brutaler Vorgehens zu machen.

Trotz all dieser Warnungen sah man heute um die zehnte Stunde vereinzelt Jüge von zirka 40 bis 50 Demonstranten durch die Straßen Berlins in der Richtung nach dem Lustgarten marschieren. Die Demonstration hat den Beweis erbracht, daß die Kommunisten keinen nennenswerten Einfluß auf die Berliner Arbeiterschaft haben. Der Versuch, die Arbeiter aus den Betrieben unter kommunistischem Banner auf die Straße zu führen ist mißlungen. In Arbeit stehende haben sich an der Demonstration nur in verschwindendem Maße beteiligt. Sie kamen aus einigen Kleinbetrieben.

Ein paar tausend Arbeitlose, in der Mehrheit sehr junge Leute, die in geschlossenen Jügen anrückten, das war im wesentlichen alles, was die Kommunisten aufbieten konnten. Dazu gefüllten sich diese tausend Reugierige, die ohne innere Anteilnahme der Veranstaltung zuschauten und die kommunistischen Phrasen der vielen Redner lächelnd über sich ergehen ließen.

Als die Reden beendet waren, verließen sich die Reugierigen, während die eigentlichen Demonstranten, die im letzten Augenblick noch starken Zug aus den Vororten erhielten, sich zu einem Zuge formierten. Vor der Redaktion der „Freiheit“ hielt man eine Zeitlang und erging sich in lauten „Psi“, und sonstigen Ruf. Dasselbe Schauspiel wiederholte sich in verstärktem Maße vor dem Gebäude des „Berliner Tageblatt“. Bei Schluß des Blattes langte die Demonstration vor dem „Vorwärts“-Gebäude an, um dieselbe Komödie in höchstem Ausmaße fortzuführen.

Die Hochbahner gegen den Proteststreik.

Die Funktionäre der Großen Berliner Straßenbahn hatten sich gestern an die Organisation der Angestellten der Hoch- und Untergrundbahn gewandt, um zu erreichen, daß auch die Schnellbahnangestellten sich an dem geplanten Proteststreik beteiligen. In der letzten Nacht hat nun eine stark besetzte Versammlung der Hochbahner stattgefunden, in der mit erheblicher Mehrheit, etwa zwei Dritteln, beschlossen worden ist, sich an dem Proteststreik nicht zu beteiligen.

Eine große Spielergesellschaft wurde in der vergangenen Nacht von Beamten des Spielergewerks in der Reichstr. 18 überfallen. In der Wohnung des Kaufmanns Weller; war eine Gesellschaft

Der Kriegsgerichtsprozess in Weissensee.

Vor dem Außerordentlichen Gericht des Reichswehrgruppenkommandos I Noabit begann heute vormittag der Prozess gegen 24 Mitglieder der Weihenstephaner kommunistischen Kampforganisation. Wegen Vergehens gegen den § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai 1930 (Teilnahme an verbotenen militärischen Organisationen) sind angeklagt:

1. Metallarbeiter Karl Liebs, 2. Aufwärter Paul Dolling, 3. Aufwärter Willi Hillinski, 4. Gastwirt Hermann Dröbner, 5. Expedient Fritz Fall, 6. Schlosserlehrling Erich Vogt, 7. Tischler Franz Koch, 8. Schlosser Ernst Schulz, 9. Tischler Ernst Wehlberg, 10. Arbeiter Ernst Gennal, 11. Sattler Josef Wibal, 12. Maschinenarbeiter Paul Franz, 13. Werkzeugmacher Richard Göge, 14. Tischler Willi Stern, 15. Tischler Willi Winter, 16. Dreher Max Dursfert, 17. Mechaniker Theodor Pfeiffer, 18. Arbeiter Otto Weidmann, 19. Schlosser Wilhelm Doham, 20. Photograph Otto Jacob, 21. Metallarbeiter Erich Krüger, 22. Schlosser Ernst Franz, 23. Handlungsgeselle Arthur Michaelis und 24. Tischler Erich Coall.

Den 24 Angeklagten, die alle Arbeiter sind, wird zur Last gelegt, daß sie einer geheimen Kampforganisation der kommunistischen Partei, also einem militärisch geordneten Verbande, angehörten. Wie erinnerlich, kam es in Weissensee in der Nacht vom 10. zum 20. August dieses Jahres zu einer Schießerei zwischen einer Streife der Sicherheitspolizei und zwei Mitgliedern der Kampforganisation, wobei ein Beamter getötet und ein Kommunist verwundet wurde. Die Ermittlungen der Polizei führten zu der Verhaftung der jetzigen Angeklagten sowie auch einer Anzahl von Vorstandsmitgliedern des republikanischen Führerbundes, denen die Teilnahme an diesem Komplott vorgeworfen wurde. Die letzteren mußten aber nach kurzer Zeit wieder aus der Haft entlassen werden, weil sich die

vollkommenste Falllosigkeit

der gegen sie erhobenen Beschuldigungen ergeben hatte. Die Anklage wirkt den 24 Kommunisten schwer vor, daß sie in jener Nacht ein Waffenlager der Weihenstephaner Einwohnerverein, das sich auf dem Döbberinggelände an der Gieselerstraße, in der Nähe des Bahnhofs Weissensee befunden haben soll, ausgehoben hätten.

Das Kriminalgerichtsgelände war heute morgen militärisch besetzt. Die Legitimationen wurden streng geprüft, und selbst im Fußbereich sind Polizisten in Uniform und Kriminalbeamte in Zivil verteilt. Man hielt es sogar für nötig, Maschinengewehre bereit zu halten!

Die Verteidigung der Angeklagten wird von den Rechtsanwältinnen Dr. Weinberg, Dr. Hänheim, Dr. Lamp und den Juristen Broß und Frankel geführt. Kurz vor dem festgesetzten Beginn der Verhandlung betreten zwei Krankenträger den Saal, die auf einer Bahre den Angeklagten Erich Krüger herbeiführen und vor dem Gerichtstisch niederlegen. Krüger wurde aus dem Rudolf-Virchow-Krankenhaus, in dem er an den Folgen des in der fraglichen Nacht erhaltenen Rückenstichs verbleibt, vorgeführt.

Den Vorsitz der Verhandlung führt Landgerichtsdirektor Dr. Ernst, dem als Beisitzer die Justizrat Dr. Hendel und Landgerichtsrat Jamrach zur Seite stehen, während als Militärrichter Major Schemmel und Sergeant Reuss, beide vom Reichswehr-Infanterie-Regiment Nr. 5, fungieren. Die Anklage vertritt Kriegsgerichtsrat Kammin.

Der Beginn der Verhandlung verzögerte sich ungewöhnlich lange, da, ähnlich wie im Miller-Prozess, der eine militärische Beiführer, der Sergeant Reuss, nicht erschienen war.

Kurz nach 11 Uhr erscheint als Stellvertreter für den nicht eingetroffenen Sergeant Reuss der Festwebel Rogge vom Stab des Reichswehrgruppenkommandos I. Unter den Angeklagten sind auffallend viel Jugendliche. Einige von ihnen scheinen nicht älter als 16 bis 17 Jahre zu sein. Die von der Verteidigung und der Anklage geladenen 18 Zeugen, sowie die beiden militärischen Sachverständigen Dr. Kochmann und Medizinrat Dr. Stömer nehmen auf den Zeugenbänken Platz. Dann erscheint der Gerichtshof, dessen Vorsitzender die Anklage in der Besetzung des Gerichts bekanntigt. Verteidiger Rechtsanwalt Lamp erklärt das Ausbleiben des Sergeanten Reuss, der sich anheimelnd verhalten habe, nicht für genügend entschuldigend und protestiert gegen die Zusammenziehung des Gerichts.

von 50 Personen eifrig beim Wallatenspiel, als die Beamten plötzlich erschienen, das Spiel und die Spielgeräte beschlagnahmten und die Spieler feststellten. Der Wohnungsinhaber und ein gewisser statterten die Beamten des Spielergewerks wieder einmal der hielten die Beamten des Spielergewerks wieder einmal der Wohnung der Frau Goldbach einen nächtlichen Besuch ab. Auch diesmal wurde wieder eine größere Gesellschaft angetroffen, die jedoch in einzelnen Gruppen bei harmloseren Spielen zusammen-saßen.

Keine Einschränkung der Briefbestellungen. Eine Berliner Korrespondenz verbreitet die Nachricht, daß auf Grund neuer Bestimmungen des Reichspostministeriums die Zahl der Briefbestellungen weiter zu beschränken sei. Aus dieser Mitteilung wird gefolgert, daß in Berlin fortan nur noch zwei Briefbestellungen täglich stattfinden. Dies ist unzutreffend. Eine weitere Beschränkung der Bestellungen unter die jetzt bestehende Zahl ist nicht verfügt worden. An der Zahl der beispielsweise in Berlin viermal wöchentlich stattfindenden Bestellungen ändert sich also nichts.

Die Granseer Dampfmaschinen der Stadt Neukölln, welche vor Jahresfrist in das Eigentum der Stadtgemeinde Neukölln übergegangen sind, haben unter städtischer Leitung einen bedeutenden Aufschwung genommen. Durch Ausbau der bestehenden Anlagen und Einbau neuerzeitlicher Dampfmotoren ist ein in jeder Beziehung musterhaftes Werk von größter Leistungsfähigkeit geschaffen worden. Das vorhandene Material reicht für eine jährliche Produktion von 20 bis 25 Millionen Steine etwa 100 Jahre. Der gefertigte Stein stellt einen gut gebrannten Pintermörtelstein von besonders hoher Durchfestigkeit dar. Die Produktion des Vorjahres wurde fast ausschließlich für die Ausführung umfangreicher Bauarbeiten in Neukölln zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot verwendet.

Die Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung trat am 17. September zu der wahrscheinlich letzten Sitzung zusammen, um die Stadtverordnungen für genehmigen. Nachdem eine Erörterung der Vergütung für Impfarzte und verschiedene Nachbewilligungen, welche sich aus Materiallieferungen und Lohnserhöhungen zusammensetzten, erfolgte, kritisierte Genosse Seiffert die Vorlage auf Bürgerschaftsübernahme von je 50 000 M. für 50 Familienhäuser für die Baugesellschaft „Heerstraße“, weil hier nur Bauten aufgeführt werden, welche für die minderbemittelte, dem Mittelstand sowie der Beamtenschaft angehörige Bevölkerung nicht in Frage kämen. Der Redner betonte, daß wir der Vorlage nur zustimmen, um der Arbeitslosigkeit zu wehren. Der endgültig vorliegende Jahresabschluss für 1919 zeigte einen günstigen Stand, insbesondere Gas- und Elektrizitätswerke haben einen Reingewinn von über 4 Millionen Mark, trotz der zurzeit bedeutend niedrigeren Preise als Berlin. Die Schlussrechnung ergab noch einen Ueberschuß von ca. 700 000 M., so daß Charlottenburg noch mit einer Draufgabe in die neue Ehe mit Berlin eintritt. Für Erziehung von 100 Wohnungen wurden 4 Millionen bewilligt. Eine Vorlage, für den Bau eines Wohnhauses in der Kaiserin-Augusta-Allee 9 Millionen für 135 Wohnungen zu bewilligen, wurde vertagt. Folgende zwei Anfragen wurden von unserer Fraktion gestellt und von Sen. Lohf begründet:

Dann erfolgte der Aufruf der Angeklagten und der Zeugen. Von den letzteren sind alle, bis auf den verwundeten Krüger und den Gastwirt Dröbner, in Haft.

Rechtsanwalt Dr. Weinberg gibt nach Aufruf der Angeklagten folgende Erklärung ab: Ich frage das Gericht, ob den Verteidigern das gesamte Aktenmaterial vorgelegt worden ist. Ich komme deshalb zu dieser Frage, weil sich bei den Akten

ein besonders verschärftes Aktenpalet

befunden hat, welches ausdrücklich den Hinweis trägt: Dieses Aktenstück ist den Verteidigern nicht vorgelegt! Ich protestiere ferner dagegen, daß der Anklagevertreter schon vor Beginn der Sitzung den Herren Richtern eine Art Plädoyer vorlegt.

Anklagevertreter Meißel: Bei dem Aktenstück, von dem der Herr Verteidiger spricht, handelt es sich nicht um Akten, welche dem Gericht übergeben werden sollten, sondern um Aufzeichnungen, welche ich mir als Anklagevertreter gemacht hatte. Das sogenannte Plädoyer stellt weiter nichts dar, als eine Zusammenstellung der Personalien und Angaben über die Daten der einzelnen Vernehmungen der Angeklagten.

R. A. Dr. Weinberg: Ich erinnere daran, daß es vor 36 Jahren im Dreifuh-Prozess die größte Entrüstung erregte, daß plötzlich ein Aktenstück auftauchte, welches den Verteidigern bisher vorenthalten war. — Vors.: Heute liegt dem Gericht nur das vor, was auch den Verteidigern vorgelegen hat. Ich sehe die Sache so an: Da es in diesem Verfahren eine schriftliche Anklage nicht gibt, hat der Anklagevertreter einen Auszug aus den Akten gemacht, welcher in der Hauptsache nur die Personalien enthält. — Justizrat Viktor Frankl: Gerade weil es keine schriftliche Anklage gibt, dürfte der Staatsanwalt diese Zusammenstellung dem Gericht nicht vorlegen. — Vors.: Ich lege hiermit den Verteidigern das gesamte Material vor, welches dem Gericht vorliegt und vorgelesen hat und erkläre ferner, daß die Mitglieder des Gerichts von der Personalienaufstellung, die der Anklagevertreter angefertigt hat, keinen Gebrauch machen werden. Ich glaube, daß diese Erklärung genügt.

Gerade als der Vorsitzende zu dem Aufruf der Zeugen schreiten will, hört

ein neuer Zwischenfall

die Verhandlung. Der Angeklagte General wird plötzlich von einem Wutkrampfanfall befallen, er schließt auf der Anklagebank wütend um sich und wird von zwei Sicherheitsbeamten und den Mitangeklagten gebändigt und muß schließlich aus dem Saal getragen werden.

Justizrat Viktor Frankl betont, daß er schon mehrmals den Antrag gestellt habe, den Angeklagten General als haftungsfähig aus der Haft zu entlassen, er wiederhole hiermit diesen Antrag. Das Gericht beschließt nach Aufruf der Zeugen, den Sanitätsrat Dr. Reppmann über diesen Antrag zu hören.

Beim Zeugenauftritt schließt der Kriminalkommissar Maslowski, Rechtsanwalt Siegr. Weinberg erklärt, daß er auf die Vernehmung des Kriminalkommissars auf seinen Fall verzichten könne, da in dessen Händen

die ganzen Akten des Spindelwesens

zusammenlaufen und er das ganze Material zusammengetragen hat. — Das Gericht beschließt, den Kommissar Maslowski auf schnellstem Wege an Gerichtsstelle zu schaffen.

Nachdem die Zeugen auf Mittwoch, 24. Uhr, bestellt worden sind, erstattet Sanitätsrat Dr. Reppmann sein Gutachten über den Angeklagten General. Dieser, ein Hypertropher, der außerdem Spindelwetter sei, sei ein geistig minderwertiger Mensch. Er stelle als Sachverständiger den Antrag aus § 81 der Strafprozessordnung, den Angeklagten auf die Dauer von sechs Wochen in einer öffentlichen Irrenanstalt auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. Justizrat Viktor Frankl: Da die Verteidigung auf dem Standpunkt steht, daß das Gericht als solches gar nicht gefähig ist, kann ich zu diesem Antrage nicht Stellung nehmen. Ich stelle ferner den Antrag:

Das Gericht möge sich für unzulässig erklären und das Verfahren abbrechen. Der Verteidiger vertritt in längeren juristischen und politischen Ausführungen seine Ansicht.

(Fortsetzung in der Morgen-Ausgabe.)

Welche Gründe haben den Magistrat veranlaßt, den bisherigen Spielplatz in der Sprecher (16. Gem.-Schule) als Spielplatz einzurichten? — Rammert: Es ist erklärt, daß der Platz mit Zustimmung der Schuldeputation benutzt werde, da eine Anlage vorliegt. Die Räumung desselben soll so bald als möglich erfolgen. Die zweite Anfrage lautete: Nach Zeitungsmeldungen hat das Preussische Finanzministerium den Antrag der Verammlung, auf den Hofweien im Schlosspark einen Spielplatz mit Sportbad und Nebenanlagen zu errichten, abschlägig beschieden. Ist der Magistrat in der Lage, über diese kaum gläubliche Notiz Auskunft zu erteilen? — Der Magistratsvertreter möchte leider die Zeitungsnachricht bestätigen, und bemerkt, daß der ablehnende Bescheid ohne jegliche Begründung erfolgt ist. Von allen Rednern wurde das Verhalten des Finanzministeriums verurteilt, weil die über 300 000 Einwohner zählende Stadt keine öffentliche Badeanstalt besitzt und die ganze Anlage den Schlosspark durchaus nicht als historischen Park verändert und auch als Ruhestätte für verschiedene hundert Arbeitslose Arbeit geboten hätte. Dem Magistrat wurde einmütig aufgegeben, in erneute Verhandlungen einzutreten, um für die Volksgesundheit förderlich zu wirken.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Reinholdsdorf, 7. Pland Runkelberg (251).

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 21. September:

Jungsozialistische Vereinigung. 1/2 Uhr Arbeitersaal im Formdöbberinggebäude. — Ortsgruppe Wilmberg, 7 1/2 Uhr bei Schenck, Simonsstr. 42, Unterhaltungsabend. — Ortsgruppe Tempelhof, 7 1/2 Uhr bei W. Berberstraße, Ecke Kaiser-Wilhelm-Strasse, Vortrag über: Materialistische Gesellschaftsauffassung. — Ortsgruppe Oden, 7 1/2 Uhr bei Bunde, Strahmannstr. 7, Diskussionsabend.

Steglitz. Wichtige Sitzung der Elternräte sämtlicher Schulen (S. V. D.) im Besanglaal, Rinalstraße.

Morgen, 22. September:

2. Abt. (Galle'sches Tor), 7 1/2 Uhr im Angendheim, Lindenstr. 3. Mitgliederversammlung. Vortrag des Genossen Oberst. Die Funktionäre werden gebeten, eine halbe Stunde vorher zu erscheinen.

17. Abt. Jochlandend 7 1/2 Uhr bei Senf, Albrecht Str. 10, bei Radzky, Dräcker Str. 42, und bei Diner, Däcker, 4.

Regel. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in der Schulaula Kreuzowstraße. Thema: Streuerfragen. Referent: Genosse Katschke.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Verein belmattener Oberlehrer. Ortsgruppe Neukölln. Viele Landleute haben trotz aller ausgedehnten Mühe ihre Urkunden in der Geschäftsstelle kopiert. 34 noch nicht abgeholt. Auf Ihre Mühe, die Urkunden zu kopieren, dankt der Vorstand. — **Berliner Handwerkerverein.** Coblenzstr. 18. Mittwoch 8 1/2 Uhr abends, Vortrag des Herrn Edmund Bengel: Leben und Arbeit Ludwigs II. Mit Bildnissen. — **Sitzung** und **das Volksgesundheitsrat** lautet das Thema des mit zahlreichen farbigen Bildnissen ausgestatteten Vortrages, den Herr Max Bernick am Mittwoch, 22. September, abends 7 1/2 Uhr, im großen Saal der Kreuzowstraße hält. — **Vereinsrat** Vorkämpfer Kreisgerichte e. V. 26, 26 und 27. September in Rehmans Weiden, Kaiser-Wilhelm-Str. 20/21 in Rankow: Ausstellung kriegsärztlicher Organisations- und Kliniken.

